



## Vom Umgang mit Furcht

**Die Umwälzungen in Libyen und in Tunesien haben – weil dort alle Gefängnis-Tore geöffnet wurden – der Schweiz viel zusätzliche Kriminalität beschert.**

Die **Rückschaffung** offensichtlich Krimineller erweist sich indessen als schwierig. Hiesige Gerichte verbieten Rückschaffungen zunehmend. Solche Massnahme sei «**unverhältnismässig**».

### Abgestufte Hilfsbereitschaft

Anderen, in Nahost tatsächlich Verfolgten und Bedrohten, wird nicht soviel Unterstützung zuteil wie kriminellen Nordafrikanern, denen Ausschaffung droht. Die Not der in **Syrien** von allen dort gewalttätig operierenden Bürgerkriegs-Parteien schwer **verfolgten aramäischen Christen** – immerhin direkte Nachkommen Christi – scheint hier weder staatliche Stellen noch juristische und kirchliche Autoritäten stark zu bewegen. Fast so, als könnten verfolgte Christen von Menschenrechts-Konventionen grundsätzlich keinen Schutz erwarten.

Was aus **Duckmäuserei** gegenüber allem, was irgendwie mit Islam in Verbindung gebracht wird, resultieren kann, illustriert ein uns aus **Frankreich** zugegangener Bericht – aus dem Land also, in dem unkontrollierte Zuwanderung aus Nordafrika in zahlreichen Vorstädten Zonen entstehen liess, in welche sich die Polizei kaum mehr hineingetraut, wo Scharia-Recht angewendet wird, wo die abendländische Rechtsordnung längst nicht mehr gilt.

### Muslimische Ansprüche

Im Mittelpunkt des Berichts steht ein aus Algerien stammender, in Frankreich eingebürgerter Sozialist namens Mohamed Sabaoui, der sich an der **katholischen Universität von Lille** als Soziologe betätigt und oft als Sprecher der dortigen Muslime auftritt.

*Er erklärt zum Beispiel, dass 93 Prozent aller Franzosen mit ausländischen Wurzeln für Hollande als Präsident gestimmt hätten. Damit, meint der muslimische Soziologe, sei ihre «friedliche Invasion» aber noch nicht am Ziel. Diese müsse vielmehr koordiniert in allen Ländern Europas stattfinden. Da man ihnen, den Muslimen, so bereitwillig Platz mache, wären sie dumm, würden sie dies nicht ausnützen. Sie seien – wörtlich! – das «Trojanische Pferd» gegenüber den Einheimischen, die sich längst zu Geiseln der von ihnen so oft beschworenen Menschenrechte gemacht hätten.*

*Würden Fremde in Algerien oder Saudiarabien gleich auftreten wie er, Mohamed Sabaoui, in Frankreich auftrete, dann würden diese auf offener Strasse verhaftet und eingesperrt. Respekt bezeuge man nur dem, den man fürchte. Wenn sie, die Muslime, dereinst die Mehrheit hätten, würde gewiss kein arabischer Jugendlicher mehr Autos anzünden oder Verkaufsgeschäfte zertrümmern. Denn er wüsste, welche Strafe ihm nach arabischem Recht drohe: Dem Dieb würde die Hand abgehackt...*

*Und weiter sagt Sabaoui: Die Gesetze Frankreichs (er sagt wörtlich: «eurer Republik») seien dem Koran nicht konform, also dürften sie den Muslimen nicht auferlegt werden. Für diese habe allein die Scharia Gültigkeit.*

So spricht der Muslim-Sprecher von Lille. Wer hier auf seine Aussagen aufmerksam macht, muss gewärtigen, von der **Justiz** belangt zu werden. Rufen dagegen von muslimischen Kämpfern in Nahost an Leib und Leben bedrohte Christen um Hilfe, verlangt die «politische Korrektheit» **kollektives Wegschauen**.

Diktiert Furcht – oder gelten Menschenrechte für alle?

Ulrich Schlier